

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altenhof, Kleingiehlhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siede, Inh. Walter Siede
Verantwortlich: R. Koblappner

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 194

Bad Schandau, Sonnabend, den 20. August 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Nach Moskauer Meldungen veröffentlicht die oberste Instanz der orthodoxen Kirche in der Sowjetunion eine Erklärung, in der sie sich zur völligen Loyalität gegenüber der Regierung der Sowjetunion bekennet und sich insbesondere bereit erklärt, sich im Falle ernstlicher Gefahr für die Sowjetregierung einzusetzen.

* Nach Meldungen aus Manila wurde der Hafen gestern von einem Taifun heimgesucht. Ein vollbesetztes Dampfschiff kenterte, dabei sind 37 Arbeiter ertrunken.

* Das englische Militärgericht in Wiesbaden verurteilte am Freitag den Reichsbannerführer Wolf, der anlässlich der Feier zum Verfassungstage durch die Veranstaltung eines Fadelzuges gegen die Rheinlandordonnanzen verstoßen hatte, zu 200 Mark Geldstrafe wegen verbotenen Singens und wegen militärischen Marschierens in militärischem Anzuge.

Französische Nadelstichpolitik.

Von Dr. Paul Ostwald.

Die Septembertagung des Völkerbundes steht vor der Tür, und nirgendwo ist man eifriger bemüht, dafür die Vorbereitungen zu treffen, als in Frankreich. Ist doch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auf dieser Volltagung des Völkerbundes von deutscher Seite die Frage der Rheinlandräumung energig zur Erörterung gestellt wird, zumal selbst die englische Regierung durch ihre dahingehenden Aufträge in Paris und Brüssel sich zu dem Standpunkt bekannt hat, daß der Zeitpunkt für eine derartige Erörterung gekommen ist. Im gegenwärtigen Frankreich sind aber nicht mehr Briand und Perriot maßgebende Persönlichkeiten, sondern Poincaré. Die Tatsache, daß ihm die Stabilisierung des Franken gelungen ist, hat ihn wieder zu dem Manne werden lassen, der Frankreichs Politik bestimmt und der die öffentliche französische Meinung beherrscht. Locarno und Thoiry sind für ihn leere Worte, und es gehört schon das volle Maß des deutschen Optimismus unserer frankophilen Kreise dazu, immer noch glauben zu wollen, augenblicklich auf dem Wege einer Verständigungs- und Versöhnungspolitik mit Frankreich vorwärts zu kommen. Die von Poincaré seit Wochen gegen Deutschland angewandte Methode forciertester Nadelstichpolitik sollte sie eigentlich eines anderen belehrt haben. Zusammen mit Belgien und Polen arbeiten die französische Diplomatie und Presse mit den frechsten Lügen und Behauptungen gegen die Möglichkeit einer früheren Rheinlandräumung. Da ist von geheimen Rüstungen im Reich und im besetzten Gebiet, die sogar die Lage der Besatzungstruppen bedrohlich machen sollen, die Rede; in der weiteren Besetzung des Rheinlandes wird die einzige Möglichkeit gesehen, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Mutterland zu verhindern und so den Frieden Europas zu retten; die Besetzung des Rheinlandes soll weiter Polen vor einem deutschen Einfall in den Korridor schützen, den Deutschland vorbereitet, und was dergleichen unsinnige Lügen mehr sind. Traurig genug, daß sich auch Deutsche gefunden haben, wie der schon zur Genüge so unruhig bekannte Professor Förster, die durch ebenso aus der Luft gegriffene Behauptungen über deutsche geheime Rüstungen und militärische Wespenschwärme die französischen Lügenmärchen verstärken helfen. Ist es nicht geradezu eine Verhöhnung der uns in Locarno und Thoiry gegebenen Versprechungen und unserer selbst im Versailler Diktat beruhenden gerechten Forderungen, wenn man auf französischer Seite meint, als Höchstziffer für eine Rheinlandräumung vorläufig nur 5000 Mann nennen zu können! Spricht es nicht Bände für die von Poincaré beherrschte öffentliche französische Meinung, wenn vor kurzem der „Temps“ den Vorwurf erhob, es gäbe nationale Minister in der deutschen Regierung, die nichts anderes als ihre Aufgabe betrachteten, als Deutschland völlig aus dem Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien! Wir können aber den „Temps“ sogar noch dahin berichtigen, daß es nicht nur nationale Minister sind, die eine solche Aufgabe sich stellen, sondern daß darin die gesamte Regierung mit allen vernünftigen Deutschen übereinstimmt. Denn diese Befreiung vom Versailler Diktat ist doch wohl etwas Selbstverständliches für uns, sie ist unser moralisches Recht, auf das wir ebensolchen Anspruch machen dürfen, wie alle anderen Völker, die in einer ähnlichen Lage waren. Oder glaubt man in Paris wirklich, wir Deutschen sollten uns mit dem von Frankreich diktierten „Gottesfrieden“ am Rhein für immer einverstanden erklären, wir sollten uns damit zufrieden geben, als unfreies und geknechtetes Volk zu leben! Wenn wir Erfüllungspolitik bis zum äußersten getrieben haben, wenn wir die Forderungen völliger Abrüstung erfüllt, den Dawesplan mit all seinen schweren Lasten auf uns genommen, den Rheinpakt geschlossen haben, so doch selbstverständlich nur, um uns den Weg zur Freiheit und Selbstständigkeit zu bahnen; niemand wird uns das verdenken können. Doch mit Männern wie Poincaré, die eine Politik Deutschland gegenüber nur im Geiste Ludwigs XIV. kennen, ist darüber allerdings nicht zu rechten. Nicht einmal die Tatsachen, daß durch Locarno auch England zum Garanten der französischen Sicherheit geworden ist, daß Frankreich einem abgerüsteten Deutschland gegenüber

über ein 6-Millionenheer verfügt, daß nach der jetzt erfolgten Bewilligung der Kosten sehr bald ein Festungsgürtel an der Ostgrenze das Land unangreifbar machen wird, nicht einmal solche Tatsachen können genügen, um das Gerücht von der Gefährdung der französischen Sicherheit verstummen zu lassen. Aber wie nach 1871 die Befreiung „des unerlösten und verewaltigten Elfs“ dazu verhalten mußte, um die nationalen Leidenschaften des französischen Volkes gegen uns aufzupeitschen, so jetzt das Gerücht von der gefährdeten französischen Sicherheit. Man weiß in den französischen verantwortlichen Kreisen sehr wohl, wie wenig das heutige abgerüstete Deutschland dazu fähig ist, Revanche zu üben, aber man will eben die Ohnmacht des Reiches, das trotz Versailles bestehen blieb, durch die weitere Dauer der Besatzung verewigen und den Rhein als Grenze behalten.

Leider hat nun, und das darf nicht vergessen werden, der klägliche Ausgang der Genfer Abrüstungskonferenz eine machtpolitische Situation für Frankreich geschaffen, die es ihm erleichtern muß, uns gegenüber in seiner rücksichtslosen Stellungnahme zu verharrern. Das Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz, auf das es im geheimen eifrig hingearbeitet hat, befreite Frankreich von der Sorge, sich etwa auch Beschränkungen in seinem Bau von Unterseebooten, die es als Druckmittel gegen England gebaut hat, auferlegen zu müssen. Dazu hat der auf der Abrüstungskonferenz zu Tage getretene englisch-amerikanische Gegensatz den Wert der französischen Freundschaft für England um ein Bedeutendes erhöht. Das

Glück ist hier Herrn Poincaré in einem entscheidenden Augenblick hold gewesen, er ist mehr denn je in der Lage, gegenüber allen englischen Anregungen bezüglich einer vorzeitigen Rheinlandräumung die kalte Schulter zu zeigen, und wir geben sicher nicht sehr in unseren Vermutungen, wenn wir die ganze Art und Weise, in der man augenblicklich in Paris zu dieser für uns so wichtigen Lebensfrage einer Aufhebung oder zum mindesten fühlbaren Beschränkung der Rheinlandbesetzung Stellung zu nehmen beliebt, in engsten Zusammenhang bringen mit dem von Frankreich mit betriebenen Ausgang der Genfer Abrüstungskonferenz.

Was für uns aus alledem zu folgern ist, ist selbstverständlich. Wir können den uns von Frankreich ausgehenden Kampf um die Freiheit des Rheins nur gewinnen, wenn wir uns klar sind über seine Schwere, denn nur dann werden wir die nötige Hartnäckigkeit und Energie entwickeln können. So wenig es bestritten werden soll, daß eine deutsch-französische Ausgleichspolitik einen wesentlichen Grundstein für den Frieden Europas bilden muß, so kann doch von ihr nicht eher die Rede sein, als bis Frankreich sich zur Rheinlandräumung und zu einem Aufgeben seines Machtschwerpunktes uns gegenüber bereit gezeigt hat. Alle jedoch, die den umgekehrten Weg einschlagen wollen, treiben eine verhängnisvolle Politik, die uns nicht zu der ersehnten Freiheit, wohl aber in weitere Knechtschaft führen muß. Das Ziel, das wir erreichen wollen, ist klar, aber klar muß auch der Weg vor uns liegen. Es wird Zeit, daß wir ihn erkennen.

Englisch-französische Gegensätze in der Frage der Besatzungsverminderung

London und die Frage der Truppenverminderung im Rheinland.

London, 18. August. An maßgebender Stelle in London legt man Wert auf die Feststellung, daß zwischen der englischen und der französischen Regierung ein Notenaustausch über die Frage der Herabsetzung der Rheinlandtruppen nicht stattgefunden habe. Der britische Botschafter in Paris habe auf Grund von Instruktionen aus London den britischen Standpunkt in der Rheinlandfrage am Quai d'Orsay dargelegt und dabei lediglich ein Memorandum übergeben. Ein französischer Schritt sei in Beantwortung dieser Demarche durch den französischen Botschafter in London unternommen worden.

Ueber den Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Rheinlandverhandlungen wird offiziös folgendes erklärt:

Die englische Regierung habe in Paris eine Verminderung der Besatzungsziffer von 68 bis 69 000 auf 56 000, also um rund 13 000 vorgeschlagen. Sie sei dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Verteilung dieser Besatzungsverminderung auf die drei Besatzungszonen proportional zu erfolgen habe. Da man in London erst auf die Beibehaltung des internationalen Charakters der Besatzung Wert lege. Die englische Regierung sei sogar der Auffassung, daß es auch im deutschen Interesse liegen dürfte, den internationalen Charakter der Besatzungszonen nicht durch eine einseitige Zurückziehung englischer oder belgischer Truppen verloren gehen zu lassen. Es scheint, daß man hiermit indirekt andeuten will, daß England der Besatzung mde sei und unter Umständen nicht abgeneigt wäre, das englische Truppenkontingent vollständig zurückzuziehen. In diesem Zusammenhang sagt heute auch ein Privatbericht des Manchester Guardian: In Kreisen der britischen Besatzungsarmee herrsche eine gewisse Müdigkeit vor. Es bestche dort allgemein der Wunsch, in die Heimat zurückzukehren.

Von französischer Seite wurde auf das englische Memorandum erwidert, Frankreich sei lediglich bereit, 5000 Mann zurückzuziehen, dabei wurde gleichzeitig die Anregung gegeben, auch das belgische und das englische Kontingent um 5000 Mann zu verringern. Obwohl dieser Vorschlag für die englische Regierung nicht annehmbar ist, ist man an maßgebender Londoner Stelle über das friedliche Ergebnis der augenblicklichen Verhandlungen recht optimistisch. Man glaubt zuversichtlich, daß vor dem Zusammentritt des Völkerbundes eine England und wahrscheinlich auch Deutschland befriedigende Einigung erzielt werden wird.

Verringerung der französischen Besatzungstruppen um 6000 Mann?

Konzentrierung der Truppen in den Großstädten?

Paris, 18. August. Ueber die Beratungen des heutigen Ministerrates wird hier ebenso wie über den Inhalt der französischen Antwort auf die englische Rheinlandnote strengstes Stillschweigen bewahrt. Doch versichert man, wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erzählt, in den zuständigen französischen Kreisen, die Pariser Regierung habe dem Foreign Office eine Verringerung der Besatzungstruppen um 6000 Mann vorgeschlagen. In diesem Falle sollten die Engländer ihre Truppen-

zahl um 1800 und die Belgier um 1200 Mann herabsenken. Die französischen Einwände gegen eine stärkere Reduzierung der Besatzungstruppen Frankreichs sollen ausschließlich technischer und militärischer Art sein. Die französische Regierung soll aber bereit sein, die kleinen Orte, besonders die Badeorte ausnahmslos zu räumen und die Besatzungstruppen in den Großstädten zu konzentrieren.

Pariser Pressestimmen zur Frage der Truppenherabsetzung im Rheinland.

Paris, 18. August. Die Morgenpresse kommt ausführlich auf den Ministerrat zu sprechen, in dem die Frage der Verringerung der Rheinlandtruppen zur Debatte stand. Dem „Petit Parisien“ zufolge, soll Briand erklärt haben, daß man die Frage als geregelt betrachten könne. Das Blatt bezweifelt die deutschen Angaben, wonach die Truppenstärke der Vorkriegsgarnisonen etwa 40 000 Mann betragen habe und erklärt, diese Ziffer könne nicht als Maßstab gelten, da sie eine Verringerung um fast die Hälfte der augenblicklichen Effektivebestände der alliierten Rheinlandtruppenverminderung würde. England brauche in der Frage der Truppenverminderung keine Rücksicht auf seine nationale Sicherheit zu nehmen. In der französischen Antwortnote an London werde, so berichtet „Petit Parisien“ weiter, auch die Frage einer Umgruppierung der Besatzungstruppen angeschnitten, um gewissen Forderungen der deutschen Verwaltung Genugtuung zu geben, die sich über den Mangel an Wohnungen beklage.

Der „Matin“ glaubt auf Grund eigener Erkundigungen feststellen zu können, daß Poincaré und alle seine Kollegen der Ansicht Ausdruck gegeben hätten, daß unter den gegenwärtigen Umständen Frankreich nicht die Garantien aus der Hand geben könne, die der Versailler Vertrag gegeben habe, indem es seine Besatzungstruppen zu stark vermindere. Die französische Regierung könne nicht umhin, den beunruhigenden Enthüllungen der „Menschheit“ (?) und dem Bericht des Generals Guillaumat Rechnung zu tragen und sei daher einstimmig der Meinung, daß die Zahl der Truppenverminderung 5000 nicht übersteigen dürfe. Ein Kommuniqué über die Ministerratsitzung sei nicht ausgegeben worden, weil Briand noch eine neue Note Chamberlains erwarte. Das Blatt will weiter erfahren haben, daß beschlossen worden sei, gewisse Generalstabsabteilungen aus dem Rheinland zurückzuführen. Das „Journal“ erklärt, der französische Ministerrat betrachte die Zahl von 4000 als das Maximum einer Verringerung der französischen Besatzungstruppen (!). Das Blatt ist der Meinung, daß sich die Angelegenheit sicher regeln lassen werde, da die englische Regierung im Voraus erklärt habe, die Gründe der französischen Regierung für ihre Haltung zu würdigen und anzuerkennen (?).

Neue Phantasien des Matin.

Paris, 19. August. Der Matin veröffentlicht heute in großer Aufmachung im Auszug Schriftstücke, die zwischen dem militärischen Mitglied der russischen Vertretung in Paris, Bolkow, und dem russischen Botschafter in Berlin, Krestinski, gewechselt worden sein sollen. Aus ihnen soll hervorgehen, daß die russische Regierung und die Dritte Internationale daran arbeiten, das